



Von: Petra Dettenhöfer, MdL <petra.dettenhoefer@csu-landtag-news.de>
An: [REDACTED]
Betreff: Aus dem Maximilianeum
Datum: 06.06.2013 08:26

Falls der Newsletter nicht korrekt angezeigt wird, erhalten Sie hier die [Online-Version](#)



Ausgabe Mai 2013

Lieber Oliver-Markus,

der Bayerische Landtag hat auf die öffentliche Diskussion um die Beschäftigung von Familienangehörigen von Abgeordneten schnell reagiert. Am Donnerstag, den 16. Mai 2013, wurde das neue Abgeordnetengesetz nahezu einstimmig im Bayerischen Landtag verabschiedet.

"Damit haben wir eines der strengsten Abgeordnetengesetze Deutschlands mit den Stimmen aller Fraktionen auf den Weg gebracht", so die CSU-Fraktionsvorsitzende Christa Stewens.

Ab 1. Juni werden Kosten, die Abgeordneten für Arbeits-, Dienst- und Werkverträge mit Personen entstehen, die mit ihnen verheiratet oder bis zum vierten Grad verwandt oder verschwägert sind oder waren, nicht mehr erstattet. Dasselbe gilt für Verträge mit Personen, die mit einem anderen Mitglied des Landtags verheiratet oder bis zum dritten Grad verwandt oder verschwägert sind oder waren. Lebenspartner im Sinn des Lebenspartnerschaftsgesetzes oder Personen, die mit einem Mitglied des Landtags in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenleben, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen, stehen dabei Ehegatten gleich.

Zudem erfolgt die Abrechnung der Arbeits-, Dienst- und Werkverträge ab der nächsten Legislaturperiode - ähnlich wie im Bundestag - durch das Landtagsamt und nicht mehr über den Abgeordneten.

"Es war ein starkes und wichtiges Zeichen, dass wir uns diese neuen Regeln einstimmig, über die Fraktionsgrenzen hinweg, gegeben haben. Das stärkt den Bayerischen Landtag und den Parlamentarismus in Bayern", betonte Christa Stewens.

Außerdem soll auch die Veröffentlichungspflicht bei Nebeneinkünften von Abgeordneten neu geregelt werden. Diese Neuregelung soll zum 1. Oktober 2013 in Kraft treten.

Weitere Informationen rund um die parlamentarische Arbeit der CSU-Fraktion finden Sie in diesem Newsletter!

Herzliche Grüße
 Petra Dettenhöfer

Inhalt:

- » [Gertraud Goderbauer wird neue Vorsitzende des Haushaltsausschusses](#)
- » [Koalitionsausschuss beschließt Gedenktag für Opfer von Vertreibung](#)
- » [Bildungskongress in Nürnberg](#)
- » [Eine flexiblere Arbeitswelt für die ältere Generation!](#)
- » [Abschaffung der Studienbeiträge beschlossen](#)
- » [Vertrauen in die Organspende wieder herstellen](#)
- » [Regierungserklärung zum Thema "Bayern digital - Sicherheit im Internet"](#)
- » [Die Buttonlösung ist ein voller Erfolg!](#)
- » [Alltagskompetenz und Lebensökonomie als verpflichtender Unterrichtsgegenstand](#)
- » [400 Trachtler im Landtag - CSU-Fraktion lud zum Trachten- und Heimatempfang](#)
- » [Einladung zum Austausch mit Erzieherinnen und Erziehern](#)
- » [Gesundes Frühstück jetzt für 300 Schulen in Bayern](#)

Gertraud Goderbauer wird neue Vorsitzende des Haushaltsausschusses



Gertraud Goderbauer aus Ergolding im Stimmkreis Landshut ist neue Vorsitzende des Arbeitskreises für Staatshaushalt und Finanzfragen der CSU-Landtagsfraktion. Damit wird sie auch Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Landtag, da die CSU-Fraktion den Vorsitz in diesem Ausschuss innehat.

Goderbauer ist seit 2003 Mitglied des Bayerischen Landtags. Sie war bislang stellvertretende Vorsitzende des Haushalts-Arbeitskreises der CSU-Fraktion. Bei der Landtagwahl im September wird sie nicht mehr antreten.

"Gertraud Goderbauer hat viel Erfahrung als Haushaltspolitikerin. Sie wird in den vier Monaten bis zur Landtagwahl sehr gute Arbeit leisten", gratulierte Fraktionsvorsitzende Christa Stewens. Bei der CSU-Fraktion werden nun fünf von zwölf Arbeitskreisen von Frauen geleitet.

» [Biografie von Gertraud Goderbauer](#)

top ↑

Koalitionsausschuss beschließt Gedenktag für Opfer von Vertreibung



Ab dem Jahr 2014 wird es in Bayern einen Gedenktag geben, der an die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportationen erinnert. Das ist ein Ergebnis des jüngsten Koalitionsausschusses von CSU und FDP. Gemeinsam mit der jungen Generation soll aufgezeigt werden, wie wichtig Freiheit und Frieden in einem vereinten Europa sind.

Um die Erfolge der freundschaftlichen Verbindung zwischen Bayern und Prag zu festigen und auszubauen wird zudem ein bayerisches Verbindungsbüro in Prag eingerichtet. Eine gemeinsame Landesausstellung Tschechien-Bayern wird für das Jahr 2016 grenzübergreifend vorbereitet, um die nachbarschaftlichen Beziehungen weiter zu verbessern.

» [Weitere Ergebnisse des Koalitionsausschusses](#)

top ↑

Bildungskongress in Nürnberg



Die Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung und Hochschulausbildung soll künftig noch stärker herausgestellt werden - darüber waren sich die Teilnehmer des diesjährigen Bildungskongresses der CSU-Fraktion einig.

Nach Stationen in Regensburg, Landshut und Augsburg fand der Kongress in diesem Jahr an der Technischen Hochschule Georg Simon Ohm in Nürnberg statt. Er stand unter dem Motto "Qualität und Gerechtigkeit - Beste Chancen durch Studium und berufliche Bildung".

» [Bildergalerie und Vorträge vom Bildungskongress](#)

top ↑

Eine flexiblere Arbeitswelt für die ältere Generation!



Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels spielt das Thema Arbeitswelt für die ältere Generation eine immer wichtigere Rolle. Deshalb lautete das Motto des zweiten Seniorenparlaments der CSU-Fraktion "Eine flexiblere Arbeitswelt für die ältere Generation!".

In einer Entschließung forderten die Teilnehmer eine offensive Seniorenpolitik, die den kompetenten, aktiven, älteren Menschen ins Zentrum rückt. Der Erfahrungsschatz und die Fähigkeiten der älteren Arbeitnehmer müssten noch stärker als bisher genutzt werden. Die Politik sei außerdem gefordert, gezielte Anreize zur stärkeren Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu setzen. Jeder solle selbst entscheiden können, wie lange er arbeiten möchte.

Eine systematische berufliche Fort- und Weiterbildung erhöhe die Chancen älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Lebenslanges Lernen gewinne in diesem Zusammenhang weiter an Bedeutung. Gezielte Qualifizierungsprogramme, wie sie schon heute in Unternehmen und anderen Ländern genutzt werden, könnten hier als Orientierung dienen.

» [FraktionsTV zum Seniorenparlament](#)

top ↑

Abschaffung der Studienbeiträge beschlossen



Mit den Stimmen der CSU-, SPD-, FW- und Grünen-Fraktion wurde am 24. April 2013 der Gesetzentwurf des Volksbegehrens "Grundrecht auf Bildung ernst nehmen - Studienbeiträge abschaffen" in zweiter Lesung beschlossen. Damit werden die Studienbeiträge zum kommenden Wintersemester 2013/2014 abgeschafft.

Gleichzeitig wurde ein Bildungsfinanzierungsgesetz beschlossen, in dem eine volle Kompensation der wegfallenden Studienbeiträge aus dem Staatshaushalt enthalten ist. Zur Verbesserung der Studienbedingungen werden für die staatlichen Hochschulen und bestimmte nichtstaatliche Hochschulen und Einrichtungen insgesamt 48 Millionen Euro in diesem Jahr und 189 Millionen Euro jährlich ab 2014 bereitgestellt. Bei der Entscheidung über die Verwendung der Studienzuschüsse sollen die Studierenden paritätisch beteiligt werden.

[top ↑](#)

Vertrauen in die Organspende wieder herstellen



"Die Bereitschaft zur Organspende hat sich deutlich verschlechtert. Deshalb ist auch in Bayern die Situation bei den Transplantationen dramatisch. In den ersten drei Monaten sind in Bayern nur so viele Organe verpflanzt worden, wie sonst in einem Monat. Die Vorschläge der so genannten Mühlbacher-Kommission sind hilfreich und notwendig, um das nötige Vertrauen in die Organspende wieder herzustellen." Das sagte Bernhard Seidenath, der Sprecher für bioethische Fragen der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

Als externer Experte hat der Wiener Chirurgieprofessor Ferdinand Mühlbacher die Abläufe bei der Transplantation in Bayern unter die Lupe genommen und Vorschläge für Verbesserungen abgegeben.

"Neben den in Angriff genommenen strukturellen Änderungen brauchen wir eine breite gesellschaftliche Stimmung, die die Organspende trägt, also das Bündnis für Organspende möglichst vieler Institutionen und gesellschaftlicher Gruppen", so Seidenath.

» [Zur Pressemitteilung](#)

[top ↑](#)

Regierungserklärung zum Thema "Bayern digital - Sicherheit im Internet"



Der zunehmenden Internetkriminalität wird Bayern mit einer Cyber-Sicherheits-Strategie begegnen. Die Kernpunkte dieser Strategie erläuterte Innenminister Joachim Herrmann in seiner Regierungserklärung im Plenum des Bayerischen Landtags.

Neben einer Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit ihren persönlichen Daten sei es vor allem geboten, staatliche Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen vor Angriffen aus dem Internet zu schützen.

Ab 1. Juli gehe das so genannte Cyber-Allianz-Zentrum Bayern an den Start, das beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelt ist. Es solle als zentraler Ansprechpartner und Kompetenzzentrum Unternehmen und Betreiber so genannter kritischer Infrastrukturen bei der Prävention und Abwehr von Bedrohungen aus dem Netz unterstützen. Das Cyber-Allianz-Zentrum soll zudem eng mit Einrichtungen von Bund und Ländern zusammenarbeiten und als Frühwarnsystem dienen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Strategie gegen Internetkriminalität sei eine enge Vernetzung aller Beteiligten im Bereich der Cybersicherheit, so Herrmann. Ein neues Sachgebiet im Bayerischen Innenministerium soll alle strategischen Belange der Cybersicherheit im Ministerium mit den Ressorts der Staatsregierung sowie mit Partnern in Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden koordinieren.

» [Zur Regierungserklärung](#)

[top ↑](#)

Die Buttonlösung ist ein voller Erfolg!



"Die Buttonlösung schafft Transparenz im Onlinehandel und schützt die Verbraucherinnen und Verbraucher wirksam vor Abzocke im Internet. Sie ist ein voller Erfolg." Dieses Fazit zog Petra Guttenberger, die Vorsitzende des Arbeitskreises für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, nach einem Fachgespräch des Arbeitskreises mit den Spitzen der bayerischen Verbraucherverbände, der Verbraucherzentrale Bayern e.V. und dem VerbraucherService Bayern im KDFB e.V. (VSB).

Die Button-Lösung trat am 1. August 2012 in Kraft und verpflichtet Unternehmen, die Onlinehandel betreiben oder andere kostenpflichtige Onlinedienste anbieten, die Verbraucherinnen und Verbraucher klar und unmissverständlich über die Vertragsinhalte zu informieren. Der Vertrag kommt erst zu Stande, wenn die Verbraucherin oder der Verbraucher den Vertragsabschluss durch einen Klick auf einen Button bestätigt, der gut lesbar sein muss und mit nichts anderem als den Wörtern "zahlungspflichtig bestellen" oder mit einer entsprechenden eindeutigen Formulierung beschriftet sein darf.

» [Weiterlesen](#)

top ↑

Alltagskompetenz und Lebensökonomie als verpflichtender Unterrichtsgegenstand



Alltagskompetenz und Lebensökonomie sollen künftig an allen bayerischen Schulen von der ersten bis zur zehnten Jahrgangsstufe unterrichtet werden. Dies fordert die CSU-Fraktion in einem Landtagsantrag.

"Alltagskompetenzen und Verständnis für Lebensökonomie sind in unserer Gesellschaft nicht mehr selbstverständlich vorhanden. Deshalb müssen sie Teil des Unterrichts für unsere Kinder werden", so Annemarie Biechl, CSU-Landtagsabgeordnete und frühere bayerische Landesbäuerin.

"Wir brauchen ein pädagogisches Gesamtkonzept, das die Bereiche Ernährungs- und Gesundheitsbildung, hauswirtschaftliche Grundkenntnisse, Verbraucherbildung einschließlich Finanzen, Vorsorge sowie nachhaltige Lebensführung berücksichtigt", ergänzt Karl Freller, stellvertretender Vorsitzender der CSU-Fraktion.

» [Antrag im Wortlaut](#)

top ↑

400 Trachtler im Landtag - CSU-Fraktion lud zum Trachten- und Heimatempfang



400 Trachtler aus allen Landesteilen des Freistaats kamen im April zum Trachten- und Heimatempfang der CSU-Fraktion in den Bayerischen Landtag.

Vertreter der CSU-Fraktion würdigten die wertvolle Arbeit des Bayerischen Trachtenverbands und der zahlreichen Trachten- und Heimatverbände, Musikkapellen und Heimatpfleger in ganz Bayern. Brauchtum müsse gerade in der heutigen Zeit aktiv gelebt werden. Insbesondere die Trachtlerinnen und Trachtler leisteten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass die bayerische Kultur als Ganzes lebendig und damit überzeugend bleibt.

» [Impressionen vom Trachten- und Heimatempfang](#)

top ↑

Einladung zum Austausch mit Erzieherinnen und Erziehern



Die frühkindliche Bildung spielt für die Persönlichkeitsentwicklung eine entscheidende Rolle. Bildung, Erziehung und Betreuung auf höchstem Niveau, das ist der Anspruch, dem Kinderbetreuung in Bayern verpflichtet ist. In den vergangenen Jahren wurden bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Rahmenbedingungen für die frühkindliche Bildung kontinuierlich zu verbessern. Mit dem Bildungsfinanzierungsgesetz hat der Freistaat vor kurzem eine Qualitätsoffensive mit zahlreichen weiteren wichtigen Impulsen für die Kinderbetreuung auf den Weg gebracht.

Aber es gibt nichts, was nicht noch besser sein könnte. Die CSU-Fraktion lädt deshalb am 13. Juni zu einem Erfahrungsaustausch mit Erzieherinnen und Erziehern aus ganz Bayern ein.

» [Weitere Infos und Anmeldung](#)

top ↑

Gesundes Frühstück jetzt für 300 Schulen in Bayern



Mehr Schulen als bisher können ihren Schülern künftig ein kostenloses gesundes Schulfrühstück anbieten. Ein entsprechendes Modellprojekt des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird von 100 auf 300 Schulen ausgeweitet und bis 2014 verlängert. Dafür stellt der Freistaat rund 1,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Gerade im Grundschulalter seien die Chancen groß, die Wertschätzung für Obst, Gemüse und Milchprodukte zu verbessern und so den Grundstein für dauerhaft gesundheitsbewusstes Essen zu legen, so Staatsminister Helmut Brunner. Das Modellprojekt ergänzt das erfolgreich laufende bayerische Schulfruchtprogramm, das derzeit rund drei Viertel der Grundschulen und damit etwa 333.000 Schüler einmal pro Woche kostenlos mit frischem Obst und Gemüse versorgt.

» [Weitere Informationen](#)

top ↑

Service & Impressum

» Newsletter-Service

Möchten Sie Ihre Daten ändern, klicken Sie bitte hier: [Daten ändern](#)

Möchten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten, klicken Sie bitte hier: [Abmelden](#)

Über Anregungen und Kritik freuen wir uns: info@petra-dettenhoefer.de

Noch mehr Neuigkeiten erfahren Sie hier: <http://www.petra-dettenhoefer.de/>

Sollte der Newsletter nicht korrekt dargestellt werden, klicken Sie bitte hier für die [Online-Version](#)

» Impressum

Petra Dettenhöfer, MdL

Erhardstr. 1 - 92637 Weiden

Tel.: (09 61) 38 96 53 0, Fax: (09 61) 38 96 53 2

<http://www.petra-dettenhoefer.de/> - E-Mail: info@petra-dettenhoefer.de

[Impressum](#)